

Armut ist eine Folge des Wirtschaftsmodells

Dr. Rudolf Martens, Leiter der Paritätischen Forschungsstelle im Paritätischen Gesamtverband, über Mobilitätsarmut und verschämte Armut auf dem Lande, wachsende Altersarmut und das deutsche Armutsparadoxon

Was unterscheidet ländliche von städtischer Armut?

Martens: Der Unterschied zwischen städtischer und ländlicher Armut liegt, neben der schlechteren Versorgung mit sozialen Dienstleistungen, in der potenziellen Mobilitätsarmut der Empfänger von Grundsicherungsleistungen wie Hartz IV, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Des Weiteren sind die Unterschiede zwischen Hocheinkommensbezieherinnen und einkommensarmer Bevölkerung in den Städten besonders ausgeprägt, anders formuliert: die soziale Spreizung ist im ländlichen Raum geringer als in den Städten.

Was verstehen Sie unter „Mobilitätsarmut“?

Martens: Alle Einrichtungen und Dienste, die in Städten stets mehrfach vorhanden sind und die man in der Stadt gut erreichen kann, sind im ländlichen Raum oft nur mit Mühe erreichbar. So besteht oftmals der Zwang, selbst als Hartz IV-Empfänger ein Auto zu unterhalten. Dies ist aber nur leistbar, wenn an notwendigen Ausgaben an anderer Stelle gekürzt wird. Für Einkommensarme ist das Leben mit Kindern oder als Mensch mit Behinderungen bzw. mit chronischen Erkrankungen oder als alter Mensch oft viel mühsamer, zeitaufwendiger und teurer als in der Stadt. Für erwerbsfähige Menschen, die langzeitarbeitslos sind oder nur eine Beschäftigung mit Niedriglohn haben, ist es in den meisten ländlichen

Gebieten schwieriger als in der Stadt, einen gut bezahlten Arbeitsplatz zu bekommen. Oft wird dies nur durch lange Fahrwege oder Fernpendeln möglich sein. Zwar sind die Wohnkosten und Lebensbedingungen insbesondere für Familien mit Kindern auf dem Lande z. T. sehr viel günstiger als in Ballungsräumen, dagegen stehen aber die hohen Mobilitätskosten. Im ländlichen Raum kann Armut eine spezifische Ausprägung als „Mobilitätsarmut“ annehmen – eine Armutsform, die es so in der Stadt nicht geben kann.

Gibt es eine versteckte Armut auf dem Lande?

Martens: Aus Untersuchungen ist bekannt, dass die Schamgrenze bei der Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen im ländlichen Bereich besonders hoch ist. Zustehende Sozialleistungen werden oftmals nicht beantragt, um das Stigma des „Sozialhilfeempfängers“ zu vermeiden. Armut im ländlichen Raum ist immer noch „verschämt“, darin sind sich deutsche und nicht-deutsche Bevölkerung sehr ähnlich. Armut in ländlicher Idylle ist so gesehen eine spezifische und zugleich strengere Form der Armut.

In Großstädten ist die Schamgrenze niedrig. Hartz IV oder Sozialhilfe zu beziehen, ist nichts Außergewöhnliches – besonders in Stadtvierteln mit vielen Hartz IV-Empfängern. Dies gilt für die deutsche wie ausländische Bevölkerung.



Dr. Rudolf Martens (geb. 1951 in Treysa, Schwalm-Eder-Kreis/Hessen) ist seit 1991 im Paritätischen Gesamtverband tätig und seit 2007 Leiter der neu eingerichteten Paritätischen Forschungsstelle im Paritätischen Gesamtverband, Berlin. Unter seiner Federführung entstehen Analysen zu Ursachen, geografischer Verbreitung und den sozialen Folgen von Armut in Deutschland. Seine Expertisen bringt der Forscher immer wieder in Kommissionen, auch im Bundestag, ein.

Foto: Paritätischer Gesamtverband

Armutsdefinition: Relative Einkommensarmut, Äquivalenzeinkommen und Armutsschwelle

Die inzwischen vier Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung orientieren sich an einem relativen Einkommensbegriff. Die Armutsgrenze wird entsprechend dem EU-Standard mit 60 % eines mittleren Äquivalenzeinkommens definiert. Das mittlere Einkommen bzw. Medianeinkommen ist nicht identisch mit dem Durchschnittseinkommen. Das Medianeinkommen liegt genau in der Mitte einer Einkommensverteilung, die nach der Höhe der Einkommen geschichtet ist. Beispielsweise definiert bei fünf Einpersonenhaushalten der dritte Haushalt den Medianwert; bei sechs Haushalten definiert den Median der Mittelwert aus drittem und viertem Haushalt. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Einkommen je Haushaltsmitglied. Die Bedarfsgewichte oder Äquivalenzziffern berücksichtigen den Umstand, dass unterschiedlich große Haushalte nicht ohne Weiteres miteinander vergleichbar sind. Größere Haushalte haben gegenüber Einpersonenhaushalten Einspareffekte z. B. durch gemeinsame Nutzung von Wohnraum oder Haushaltsgeräten. Dies wird durch Äquivalenzziffern ausgeglichen.

Beispiel: Im Jahr 2011 beträgt der deutschlandweite Median des Nettoäquivalenzeinkommens 1 413 € im Monat, daraus berechnet sich eine Armutsschwelle (60 %) von 848 € (Armutquote: 15,1 %). Diese 848 € entsprechen der Armutsschwelle eines Einpersonenhaushalts. Nach den geltenden Äquivalenzziffern geht der erste Erwachsene eines Haushalts mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder im Alter von 14 und mehr Jahren mit 0,5 und alle jüngeren Mitglieder mit dem Faktor 0,3. Entsprechend beträgt die Summe der Äquivalenzziffern eines Paarhaushalts mit einem Kind unter 14 Jahren: $1,0 + 0,5 + 0,3 = 1,8$. Daraus berechnet sich eine Armutsschwelle für diesen Haushaltstyp in Höhe von: $1,8 \cdot 848 = 1\,526$ €.

Sehen Sie Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland?

Martens: In Westdeutschland sind die Armutsquoten im ländlichen Raum in der Regel geringer als in den Städten. In Ostdeutschland fallen die Armutsquoten generell höher aus als in Westdeutschland, die Unterschiede zwischen Städten und ländlichen Räumen sind dagegen im Osten typischerweise gering.

Wie macht sich die Alterung der Bevölkerung bemerkbar?

Martens: Vorausberechnungen der künftigen Rentenhöhen weisen eindeutig darauf hin, dass wir in Ostdeutschland ab ca. 2020 mit einer stark steigenden Altersarmut zu rechnen haben. Dies trifft im Osten die Städte wie den ländlichen Raum. Neben der Armut der jüngeren Bevölkerung muss noch das zusätzliche Problem einer wachsenden Altersarmut bewältigt werden. Aber auch in einzelnen Gebieten Westdeutschlands – wie im Nordosten Bayerns, Stichworte sind Nebenerwerbslandwirtschaft und Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe, Fremdenverkehrswirtschaft – droht jetzt schon Altersarmut im ländlichen Raum.

Die Diskussion um Armut in Deutschland dreht sich zumeist um die Situation in städtischen Problemgebieten. Wird das Thema „Armut auf dem Lande“ hinreichend in der Öffentlichkeit wahrgenommen?

Martens: In der Medienwirklichkeit wird „Armut auf dem Lande“ kaum wahrgenommen. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass im Westen mehr als 85 % der Armutsbevölkerung in Städten und im Stadtumland lebt, in Ostdeutschland sind das mit gerundet 60 % deutlich weniger.

Was sind aus Ihrer Sicht die wesentlichen Ansätze, um die spezifischen Probleme auf dem Lande zu lösen?

Martens: Die deutsche Wirtschaftspolitik hat sich seit über einem Vierteljahrhundert auf ein Wirtschaftsmodell festgelegt, bei der der deutsche Sonderweg von Niedriglohnstrategie und Sozialkürzungen verknüpft wird mit einer aggressiven Exportpolitik. Das ist der Hauptgrund, warum in Deutschland Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitslosigkeit mit konstant hohen Armutsquoten einhergehen. Wir sprechen vom „deutschen Armutsparadoxon“. Diese Form zu wirtschaften geht auf Kosten der Binnenkonjunktur und – was regelmäßig vergessen wird – in spezifischer Weise auf Kosten des ländlichen Raumes: Niedriglohnstrategie funktioniert besonders gut mit möglichst niedrigen Preisen für Nahrungsmittel. Entsprechend groß ist das politische Interesse, an diesem für den ländlichen Raum schädlichen Arrangement nichts zu ändern. Nahrungsmittelindustrie und Handel sorgen für den politisch gewollten Preisdruck. Was bislang nicht in die Öffentlichkeit gedrungen ist: Dem Niedriglohn der abhängig Beschäftigten entspricht die Niedrigentlohnung der bäuerlichen Landwirtschaft.

Wenn das geschilderte Wirtschaftsmodell so bleibt, wie es ist, lässt sich Armut nicht überwinden, weder in den Städten noch im ländlichen Raum. Bestenfalls gelingt eine Armutsmlinderung. Hilfreich wäre eine

Erhöhung des Existenzminimums für Hartz IV-, Sozialhilfe- und Grundsicherungsbezieher. Wegen der Sparquote der Betroffenen in der Nähe von Null ergibt sich ein nützlicher Nebeneffekt. Da das meiste Geld logischerweise in Regionen mit großen Beständen an Hilfebeziehern fließt, profitieren am meisten die strukturschwachen (ländlichen) Regionen. Kurz gesagt: Eine kräftige Erhöhung des Existenzminimums wirkt wie eine zielgenaue Regionalförderung.

Was bedeutet die demografische Entwicklung mit einer alternden Bevölkerung sowie der Abwanderung junger und gut ausgebildeter Menschen aus strukturschwachen Regionen für die verbleibenden Menschen?

Martens: Ländliche Räume sind eher binnenwirtschaftlich orientiert, exportstarke Branchen konzentrieren sich überwiegend in Ballungsräumen. Die Abwanderung im ländlichen Raum lähmt so nicht nur die regionale Wirtschaft, zudem wird die weitere Entwicklung vorhandener wirtschaftlicher Potenziale behindert. Keine gute Idee ist es, mit linearer Kürzungspolitik diese Entwicklung wissentlich oder unwissentlich zu forcieren. Wenn sich die Infrastruktur ausdünnert und die Schule im Ort geschlossen wird, ist das ein starkes Signal für die jüngere Bevölkerung, sich jetzt nach einem neuen Wohnort, vielleicht in der Stadt, umzusehen. Was viele Politiker nicht verstehen wollen: Wirtschaftliche Abwärtsspiralen lassen sich

nicht regional eingrenzen. Regionen sind immer auf vielfältige Weise miteinander verflochten. Eine Region, die durch wirtschaftspolitische Vernachlässigung abstürzt, belastet zugleich ihre Nachbarregionen. Bedeutet: Die Infrastrukturen müssen funktionsfähig bleiben, vorhandene wirtschaftliche Potenziale müssen weiter gefördert werden.

Was tut der Paritätische Wohlfahrtsverband, damit dem Thema „Armut auf dem Lande“ die erforderliche Aufmerksamkeit in Politik und Öffentlichkeit zuteil wird?

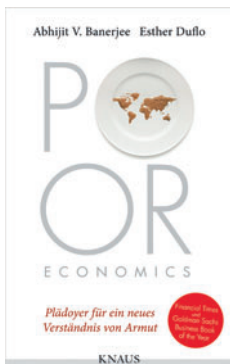
Martens: Der Paritätische ist ein Dachverband von 15 Landesverbänden und über 10 000 eigenständigen Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Er ist damit in allen Feldern der Sozialarbeit tätig und unterhält Dienste und Einrichtungen im städtischen wie ländlichen Bereich. Dienste und Einrichtungen müssen in strukturschwachen ländlichen Gebieten erhalten werden, der Paritätische ist sich dessen nur zu bewusst. Er hat seit 1989 dafür gesorgt, dass das Armutsthema in der Öffentlichkeit präsent bleibt. Inzwischen gibt es den vierten Bundesdeutschen Armuts- und Reichtumsbericht: Was aber immer noch aussteht und wohl auch noch lange ausstehen wird, ist eine – auch die Wirtschaft, Finanzen und Steuern – umfassende Politik gegen Armut und Ausgrenzung. Gleichmaßen für die Stadt und für das Land. ■ Rainer Münch

POOR ECONOMICS

Plädoyer für ein neues Verständnis von Armut

Abhijit V. Banerjee und Ester Duflo. Knaus Verlag, München 2012, 384 S., ISBN 978-3-8135-0493-4, 22,99 €.

Um zu verstehen, warum Arme arm sind, haben Banerjee und Duflo 15 Jahre lang Studien über Hunger, Hygiene, Impfungen, Bildung und viele weitere Aspekte von Armut miteinander verglichen und die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung untersucht. Zusammen mit (Hilfs-)Organisationen und anderen Wissenschaftlern haben sie darüber hinaus eigene Kontrollstudien durchgeführt. Dabei war es ihnen wichtig, immer wieder den Blick darauf zu richten, wie die Armen Entscheidungen treffen, warum sie so leben, wie sie leben, und dies genau zu beschreiben. Herausgekommen ist ein spannendes Buch mit vielen Einzelerkenntnissen wie der, dass jedes noch so kleine Stückchen Bildung hilft, um dem Ziel einer Beschäftigung und damit besseren Chancen im Leben näherzukommen. ■ fa



ARMUT auf dem LAND

Die Ausgabe 01/2013 der Zeitschrift LAND aktiv, Zeitschrift des Katholischen Landvolks, hat den Schwerpunkt „Armut auf dem Land“ mit weiteren informativen Beiträgen. Zu bestellen unter Tel. (02224) 71031, bundesstelle@klb-deutschland.de

